

# „Germany first!“

Klare Kante: Der Wirtschafts- und Finanzexperte Markus Miller im ZUERST!-Gespräch



Foto: Privat

Markus Miller, geboren 1973, hat langjährige Erfahrungen bei international tätigen Banken und Beratungsfirmen in Österreich, Liechtenstein sowie der Schweiz gesammelt. Der renommierte Analytiker ist Gründer und Geschäftsführer des spanischen Medien- und Consultingunternehmens Geopolitical.Biz S.L.U. mit Sitz auf der Baleareninsel Mallorca. In dieser Funktion koordiniert er ein internationales Informations- und Kommunikationsnetzwerk von Wirtschafts- und Finanzexperten, Rechtsanwälten und Steuerberatern. Sein Unternehmen betreibt die Internetplattform [www.geopolitical.biz](http://www.geopolitical.biz). Im Juni 2017 erscheint sein neues Buch *Die Welt vor dem Geldinfarkt*.

*Herr Miller, die Welt ist im Umbruch: Donald Trump ist US-Präsident und kündigt prompt das transpazifische Freihandelsabkommen TPP, die EU befindet sich unter Druck und steht plötzlich ohne ihren US-Schirmherrn da, es herrscht Krieg in Syrien und im Donbass, Rußland und China erstarben. Nichts scheint mehr sicher. Was bedeuten diese Umwälzungen für die Zukunft des Finanzmarktes?*

**Miller:** Die Wahl in den USA war geprägt von Emotionen für Trump und Antipathien gegen Hillary Clinton als Vertreterin des offensichtlich in weiten Teilen des Volkes verhaßten US-Establishments. Die Antrittsrede von Donald Trump war ebenso beeindruckend wie überraschend. Viele hatten nach dem giftig geführten Wahlkampf gehofft, daß der neue US-Präsident moderate Worte findet, um ein versöhnliches Signal an die Welt und sein tief gespaltenes Land zu senden. Das Gegenteil war der Fall. Seine mit Nachdruck gewählten Worte „America first“ sind ein deutliches Signal an die Welt. Diesen markanten Worten sind innerhalb kürzester Zeit bereits zahlreiche gravierende Taten gefolgt. Donald Trump sagt, was er denkt, und macht offensichtlich das, was er sagt und im Wahlkampf versprochen hat. Vom Auftrag für die Planung zum Bau einer Mauer an der Grenze zu Mexiko über die Aufhebung bestehender Gesetze und Verträge wie TPP oder „Obamacare“ bis hin zu den begrenzten Einreiseverboten von Bürgern aus sieben muslimischen Ländern und zum zeitlich unbefristeten Einreiseverbot für syrische Flüchtlinge. Nun gilt es, auf die Fakten und Taten zu blicken, was Donald Trump wirklich umsetzt oder umsetzen kann. Eines ist dabei sicher: Die gigantischen Staatsschulden von rund 20 Billionen US-Dollar, die ihm der scheidende Barack Obama hinterlassen hat, sind eine große Belastung. Gleiches gilt für das Land. Obama hat ein gesellschaftlich tief gespaltenes Amerika hinterlassen. Für mich sind die geopolitischen Risiken, ebenso wie die Systemrisiken, so groß wie zuletzt vor dem Beginn des Zweiten Weltkriegs.

ges. Wir werden in Zukunft verstärkt Handels- und Wirtschaftskriege sehen, ebenso wie Währungskriege. Aber auch digitale Angriffe und reale militärische Konflikte.

*Wie hängen geopolitische Veränderungen überhaupt mit dem internationalen Finanzsektor zusammen?*

**Miller:** In der Geopolitik geht es auch um die Wechselwirkung zwischen wirtschaftlichen und politischen Gegebenheiten. In unserer Geschichte gab es – aufgrund der Globalisierung und Vernetzung unserer heutigen Welt – selten zuvor eine derartige Ansammlung an geopolitischen Risiken wie derzeit. Geopolitische Risiken lassen sich in vier grundlegende Bereiche aufteilen: wirtschaftliche, politische, gesellschaftliche und ökologische Gefahren. Klimaveränderungen, Naturkatastrophen, Wasserknappheit, ein radikal praktizierter Islam, Terrorismus oder Migration gehören ebenso zu diesen Risikosegmenten wie die zunehmende Verschuldung von Staaten. Veränderungen in der Wirtschaft oder in der Politik als Grundpfeiler der Geopolitik haben dadurch unmittelbare Auswirkungen auf alle internationalen Finanzsektoren. Von den Zentralbanken über die Börsen und Kapitalmärkte bis hin zu den Geschäftsbanken, den Finanzdienstleistern und Versicherungen.

*Stichwort Euro: Welche Zukunft hat die Währung Ihrer Meinung nach?*

**Miller:** Der Euro hat keine nachhaltige Zukunft, er wird scheitern, das steht für mich absolut fest. Sein Ende oder seine (Währungs-)Reform ist nur noch eine Frage des Zeitpunktes. Laut einer Analyse, die im hiesigen relativ unbekanntem *Washington's Blog* veröffentlicht wurde, weisen die insgesamt 3.400 ungedeckten Währungen, die in den letzten Jahrtausenden im Umlauf waren, eine durchschnittliche Lebensdauer von lediglich 27 Jahren auf. Überleben Währungen diese Haltedauer, unterliegen sie einem gigantischen Kaufkraftverlust. Das britische Pfund, bereits im Jahr 1694 eingeführt, existiert beispielsweise auch heute noch. Dadurch verfügt Großbritannien über die älteste noch bestehende Währung der Welt. Bei Währungseinführung entsprach ein Pfund Sterling dem Gegenwert von zwölf Unzen Silber. Nach heutigen Maßstäben liegt der Wert des britischen Pfundes nur noch bei 0,5 Prozent des ursprünglichen Preises. Das entspricht einem Währungsverfall von 99,5 Prozent. Vincent Cate ist ein hochbegabter Informatiker aus den USA, der im Jahr 1994 nach Anguilla

ausgewandert ist. Seine Gründe dafür waren das tropische Klima, die niedrigen Steuern sowie die stabile Regierung. Auf der Karibikinsel gründete er zahlreiche Unternehmen. 1998 legte er aus Protest gegen die Gesetzgebung seine US-Staatsbürgerschaft ab. In seiner fundierten Analyse *Paper Money vs. Gold Money* hat der Kryptographie-Experte 599 ungedeckte Papiergeldsysteme untersucht, die in den vergangenen tausend Jahren Bestand hatten. Die wichtigsten Erkenntnisse sind beeindruckend, aber auch erschreckend: Kein einziges Papiergeld-Finanzsystem hat überlebt! 156 Währungssysteme endeten in der Hyperinflation. 165 wurden durch Kriege ausgelöscht. Allein 95 Währungen haben den Zweiten Weltkrieg nicht überlebt. 278 papiergeldbasierte Finanzsysteme mündeten in einer Währungsunion. Die durchschnittliche Lebensdauer eines ungedeckten Papiergeldsystems beträgt nach den Studien von Vincent Cate gerade einmal 38 Jahre.

*Etablierte Wirtschafts- und Finanzexperten warnen regelmäßig vor den Euroskeptikern. Angeblich schaden diese der wirtschaftlichen Entwicklung Europas. Teilen Sie eine solche Einschätzung?*

**Miller:** Nein, im Gegenteil. Diese scheinbaren Experten wollen ein sie privilegierendes System mit aller Macht am Leben erhalten. Sie stellen grob fahrlässig den politischen Willen und die Vorgaben des Establishments zu einem strukturell kranken System über die realwirtschaftlichen Rahmenbedingungen und den Willen der Bürger und Völker Europas zu mehr nationaler Souveränität, weniger EU-Bürokratismus und mehr Selbstbestimmung. Ich bin ebenfalls ein massiver Gegner der EU-Systeme und bin wie gesagt absolut davon überzeugt, daß der Euro scheitern wird, wie alle Papiergeldwährungen in der Geschichte unserer Welt. Die EU wird scheitern, weil sie sich an ihre eigenen Grundregeln und Stabilitätskriterien nicht hält. Hierfür gibt es ganz gravierende Entwicklungen, die mich in meiner skeptischen Einschätzung bestärken. Am 7. Februar des Jahres 1992, also vor 25 Jahren, wurde von deutscher Seite durch den damaligen Finanzminister Theo Waigel und Außenminister Hans-Dietrich Genscher ein Vertrag unterzeichnet, der dramatische Folgen für unser Land mit sich brachte. Ich spreche vom Vertrag von Maastricht. Die Unterschrift unter diesen Vertrag in Kombination mit der Euro-Einführung

ist für mich der Preis, den Deutschland für seine Wiedervereinigung zu zahlen hatte – maßgeblich vorgegeben durch den damaligen Präsidenten Frankreichs François Mitterrand.

**„Die berühmten Stabilitätskriterien von Maastricht wurden mittlerweile mehr als 100mal gebrochen.“**

*Aber was ist mit den sogenannten „Stabilitätskriterien“?*

**Miller:** Die berühmten Stabilitätskriterien von Maastricht wurden mittlerweile mehr als 100mal gebrochen. Länder wurden aufgenommen, die die Stabilitätskriterien überhaupt nicht erfüllten. Weit gravierender war aber der erstmalige Bruch der Schuldenobergrenze von 60 Prozent des Bruttoinlandsproduktes durch die Regierungen der großen Volkswirtschaften Frankreich und Deutschland. In Deutschland erfolgte der Bruch der Schuldenobergrenze unter Gerhard Schröders rot-grün geführter Bundesregierung. Aber auch die CDU/CSU hat die Stabilitätskriterien vor und nach der Schröder-Ära grob fahrlässig vernachlässigt. Im Bundestagswahlkampf 1998 wurde für die Euro-Einführung mit dem Ar-



Bringt Bewegung in die Weltpolitik: US-Präsident Donald Trump fing sofort nach seiner Amtseinführung damit an, seine Wahlversprechen umzusetzen.

Foto: Gage Skidmore/CC BY-SA 2.0



gument geworben: „Der Maastrichter Vertrag verbietet, daß EU-Staaten für die Schulden eines Mitgliedsstaates haften.“ Durch den ESM-Vertrag – den Europäischen Stabilitätsmechanismus – sind die Stabilitätskriterien von Maastricht endgültig obsolet. Deutschlands Steuerzahler haften mittlerweile direkt für die Schulden anderer EU-Länder. Derzeit beträgt die Haftungssumme Deutschlands für den ESM 190 Milliarden Euro. Würden angeschlagene Länder wie Portugal, Griechenland, Spanien und Italien ausfallen, erhöhte sich die Haftungssumme Deutschlands auf 300 Milliarden Euro. Was für ein Hohn ist ge-

genüber diesen Fakten der Stabilitäts-Vertrag von Maastricht? Diese Entwicklung ist ein Baustein für ein schwindendes Vertrauen in die EU-Systeme und den Rechtsstaat. Ein deutscher Staatsbürger heißt deswegen so, weil er für den deutschen Staat bürgt. Der deutsche Staat bürgt wiederum über die EU-Systeme, allen voran den ESM, für andere Länder und Völker der Europäischen Union. Diese unverantwortliche und von den Bürgern nicht gewünschte Haftungskette wird erfreulicherweise immer mehr Menschen in unserem Lande bewußt. Und das zu Recht. Die Basis unseres Grundgesetzes, die auch

klar und deutlich über dem Sitz des Bundestags am Westportal des Reichstags prangt, heißt: „Dem deutschen Volke“. Die legitimen Bedürfnisse unserer Bevölkerung und unserer Steuerzahler müssen oberste Priorität haben. Ganz nach dem Titel Ihres Nachrichtenmagazins *ZUERST!* oder durchaus auch in Anlehnung an die Worte Donald Trumps „Germany first“. Auch das Volk Großbritanniens hat durch den Brexit die privilegierte Rückbesinnung auf nationale Interessen klar zum Ausdruck gebracht.

**„Gezielte private Diversifikation ist die Antwort auf staatlichen Protektionismus.“**



Foto: Olaf Kosinsky/Skillshare.eu

Gerhard Schröder: Bruch mit der Schuldenobergrenze

Risikofaktor Demographie: Seit 1972 gibt es mehr Sterbefälle als Geburten in Deutschland.



Foto: Wikimedia/Emsa Vikner/CC BY-SA 2.0

*Steuern wir auf ein Krisenszenario zu?*  
 Miller: Ja, wesentliche Weichen sind bereits seit Jahrzehnten gestellt. Die Euro-Krise ist dabei ein Symptom. Die Flüchtlingskrise wird die Euro-Krise weiter verstärken, aber die wesentlichen Probleme liegen für mich nicht in unserer Demokratie, sondern in der Demographie. Die Gefahren des demographischen Wandels werden nach wie vor von vielen Politikern, aber auch Bürgern vollkommen unterschätzt. Das Risiko einer schweren Krankheit oder eines Pflegefalls hat weit gravierendere Auswirkungen als die Wahl Donald Trumps oder sonstige politische Entwicklungen. Die deutsche Bevölkerung nimmt immer mehr ab, wird gleichzeitig aber immer älter. Bereits seit dem Jahr 1972 sind in Deutschland mehr Sterbefälle als Geburten zu registrieren. Nach Japan hat Deutschland die zweitälteste Bevölkerung der Welt. Prof. Herwig Birg, ein renommierter Demographieforscher, den ich sehr schätze, hat die großen Zukunftsprobleme Deutschlands einmal unter dem Begriff „demographische Plagen“ verdeutlicht. Dazu zählt beispielsweise der Generationenkonflikt zwischen der steigenden Zahl der alten Menschen und der schrumpfenden Anzahl junger Menschen in Deutschland. Zusätzlich entsteht als weitere „Plage“ ein Verteilungskonflikt zwischen kinderlosen Menschen und Familien. Wieder eine weitere „Plage“ trifft bestimmte Regionen, allen voran in den neuen Bundesländern, die unter einer massiven Abwanderung leiden zugunsten von Ballungsräumen, die von der Zuwanderung junger Menschen massiv profitieren. Mit die größte „Plage“, die wir derzeit bereits in erschreckender Art und Weise sehen, ist die der unkontrollierten Einwanderung durch unqualifizierte Flüchtlinge. Deutschland benötigt aufgrund der





Foto: Wikimedia/Zigorio/CC BY-SA 4.0

Schweizer Franken: „Ein Konto in der Schweiz ist bereits ab wenigen tausend Euro möglich.“

demographischen Entwicklungen dringend eine quantitativ kontrollierte und qualitativ gesteuerte Zuwanderung von leistungsstarken Menschen in unsere Arbeitsmärkte als Beitragszahler. Derzeit haben wir aber eine unkontrollierte Einwanderung von überwiegend unqualifizierten Menschen als Leistungsempfänger in unsere Sozialsysteme. Das ist eine tickende Zeitbombe, an der die Politik die Zündschnur fortlaufend weiter verkürzt.

*Gutverdiener und Reiche haben Möglichkeiten, ihren Besitz zu sichern. Was empfehlen Sie aber der Mehrheit der Bürger – den Normal- und Niedrigverdienern?*

**Miller:** Die Maßnahmen Donald Trumps werden unter dem Schlagwort „Protektionismus“ von vielen Medien, Ökonomen, aber auch zahlreichen Bürgern als besorgniserregend bewertet, weil sich die USA durch die von Trump geplanten Handelshemmnisse zunehmend abschotten. Protektionismus, abgeleitet vom lateinischen Wort „protectio“, werde ich allerdings nicht pauschal als negativ. Gelebter Protektionismus hat auch für einen normalen Bürger, einen Kleinanleger oder Niedrigverdiener eine wichtige Schutzfunktion. Nicht auf der geopolitischen Makroebene, sondern auf der persönlichen Mikroebene eines jeden Menschen. Gezielte private Diversifikation ist die Antwort auf staatlichen Protektionismus. In unserer fragilen Welt, in der staatliche Systeme zunehmend zu hinterfragen sind, ist es die Aufgabe eines jeden Bürgers, einen eigenverantwortlichen

wortlichen Protektionismus umzusetzen. Mit dem eigenen Individuum oder der Familie als Mittelpunkt. Dabei müssen die persönlichen Werte wie Kapital, Freiheit und Lebensqualität geschützt werden. Lebensqualität ist dabei die höchste Rendite, die erzielbar ist. In der Praxis bedeutet das, daß ich mich in meinen Konzepten und Empfehlungen an Paracelsus orientiere, der gesagt hat: „Alles im Leben ist entweder Gift oder Medizin, den Unterschied macht rein die Dosis.“ Auch Kleinanleger können sich vor Systemrisiken heute schützen. Man muß gar kein Millionär sein. Ein Konto in der Schweiz ist bereits ab wenigen tausend Euro möglich. Gold- oder Silber-Investments im soliden und souveränen Fürstentum Liechtenstein bereits ab 5.000 Euro. Nach dem Vorbild von Paracelsus rate ich auch Kleinanlegern, mit Teilen ihrer Vermögenswerte die fragilen Systeme der Europäischen Union zu verlassen und in Länder und Strukturen außerhalb der EU, des Euro, des ESM und der EU-Bankenunion zu investieren. Das ist möglich auch für kleinere Vermögen, nur fehlt vielen Bürgern leider das Wissen um diese bestehenden Möglichkeiten. Meine Länderfavoriten sind dabei allen voran das Fürstentum Liechtenstein, die Schweiz, das Königreich Norwegen und Kanada. Aktuell versuche ich dieser Bildungs- und Wissenslücke entgegenzuwirken durch mein neues Buch *Die Welt vor dem Geldinfarkt*.

*Herr Miller, vielen Dank für das Gespräch.*

## Türkei: Tourismus bricht ein

Eines der wichtigsten wirtschaftlichen Standbeine der Türkei droht zusammenzubrechen: Die Einnahmen der Tourismusbranche sind 2016 im Vergleich zum Vorjahr um rund 30 Prozent zurückgegangen und sanken damit auf rund 21 Milliarden Euro. Gründe für den Einbruch gibt es genügend. Das Land hatte zahlreiche Terroranschläge zu verkraften, ein Putschversuch wurde im Juli blutig niedergeschlagen, und der Krieg an der Grenze zu Syrien hält das Land weiter in Atem. Die größte Urlaubergruppe im Zeitraum vom Januar bis November 2016 bildeten die Deutschen, etwa 3,76 Millionen Besucher kamen in das Land. Das sind fast 1,7 Millionen weniger als im gleichen Zeitraum des Vorjahres.



Foto: Pixabay/gemeinfrei

Insgesamt reisten knapp 24,1 Millionen Ausländer in den ersten elf Monaten des Jahres 2016 in die Türkei, was einem Rückgang von rund 31 Prozent entspricht.

## Orbán gegen Sanktionen

Leider ist in der westlichen Hälfte unseres Kontinents eine anti-russische Politik zur Mode geworden“, sagte der ungarische Ministerpräsident Viktor Orbán Anfang Februar bei einem Treffen mit Wladimir Putin in Budapest über die westlichen Sanktionen gegen Rußland. Ungarn sei durch die Sanktionen bereits ein Schaden in Höhe von 6,5 Milliarden Dollar entstanden. Zuvor hatten beide Länder eine engere Zusammenarbeit im Energiesektor vereinbart. Ungarn will vom russischen Staatskonzern Rosatom zwei neue Atomreaktoren errichten lassen, die zu 80 Prozent oder mehr durch einen Kredit Moskaus finanziert werden, wie Putin bei der Zusammenkunft zusagte. Der Bau soll 2018 beginnen.